

Caritas Almanach 2023 zur Ungleichheit in der Schweiz

Der neueste Almanach der Caritas thematisiert die unterschiedlichen Aspekte der Ungleichheit in der Schweiz. Neben den Fakten zur materiellen Ungleichheit gehen die Beiträge auf die Hintergründe, Ursachen und Folgen der Ungleichheit ein. Ungleichheit ist ein grundlegendes Strukturmerkmal einer Gesellschaft, das sich auf den Zugang zu Ressourcen, Positionen, Institutionen bezieht. Übermässige Ungleichheit destabilisiert die Gesellschaft und hat eine direkte Wirkung auf Einflusschancen in Politik und Wirtschaft, was demokratiepolitisch problematisch ist.

Ungleiche Bildungschancen

Menschen sind im Laufe ihrer Biographie mit unterschiedlichen Aspekten der Ungleichheit konfrontiert. In der Kindheit und im Jugendalter sind dies unterschiedliche Bildungschancen aufgrund der sozialen Herkunft, welche die späteren Einkommens- und Lebenschancen und Handlungsspielräume der Menschen determinieren. In ihrem Beitrag im Almanach zeigen Lanfranchi und Kalkusch eindrücklich, dass sich die Bildungschancen deutlich aufgrund des sozioökonomischen Status der Herkunftsfamilie sowie dem Migrationshintergrund unterscheiden. So verbleiben 27% der nicht in der Schweiz geborenen Jugendlichen und 14% der in der Schweiz geborenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund ohne Berufsbildung, während dies bei Familien mit Schweizer Bürgerrecht nur 6% sind. Dies wirkt sich direkt auf das Armutsrisiko im späteren Lebensverlauf aus.

Ungleiche Partizipation am Wirtschaftswachstum, steigende Belastungen der tiefen Einkommen

Im Erwerbsalter wird die Ungleichheit in erster Linie durch ungleiche Löhne und Erwerbchancen erfahrbar. In den 1990er und frühen 2000er Jahre konnten die Topverdiener (oberste 0.001 Prozent) ihren Einkommensanteil von 1 auf 2 Prozent erhöhen. Dazu beigetragen haben gemäss Ajdacic v.a. die exorbitanten Vergütungen im Finanzsektor. Schüpbach stellt fest, dass die obersten 10 Prozent der Löhne in den letzten 20 Jahren im Durchschnitt 24% zulegen konnten, während tiefe und mittlere Löhne weit weniger vom Wirtschaftswachstum profitierten. Damit hat sich die Lohnschere weiter geöffnet, obwohl die unteren Löhne dank Gesamtarbeitsverträgen und flankierenden Massnahmen stabilisiert werden konnten. Gleichzeitig sind untere Einkommen viel stärker betroffen von den steigenden Krankenversicherungsprämien und Mietkosten. So hat die Belastung der unteren Haushaltseinkommen durch diese beiden Ausgabenposten zwischen 2000 und 2020 um acht bis zehn Prozentpunkte zugenommen.

Ungleichheit im Rentenalter

Noch grösser als bei den Erwerbstätigen ist die Ungleichheit bei den Rentenhaushalten, worauf Knöpfel hinweist. So ist das Durchschnittseinkommen der obersten 20% der Rentenhaushalte viermal höher als jenes der untersten 20%. Auch das Gesundheitsrisiko unterscheidet sich je nach sozioökonomischem Status (SES), was Knöpfel am Beispiel der Lebenserwartung zeigt: Gemäss der zitierten Studie des BAG sterben Männer in Quartieren mit tiefem SES 4.5 Jahre früher im Vergleich zu Quartieren mit einem hohen SES. Bei Frauen beträgt der Unterschied 2.5 Jahre.

Horizontale Dimensionen der Ungleichheit

Verschiedene Artikel nehmen Bezug auf horizontale Aspekte der Ungleichheit, indem die Genderdimension und der Aufenthaltsstatus thematisiert werden. Entscheidender Faktor für die Ungleichheit ist die Sorge- und Versorgungsarbeit was im Beitrag von Peter & Ageler ausgeführt wird. Wird die unbezahlte Arbeit mitberücksichtigt, ist dies der weitaus grösste Wirtschaftssektor, wobei Frauen 80% ihrer gesamten Arbeitszeit mit Sorge- und Versorgungsarbeit verbringen. Die betreffende Arbeit ist häufig schlecht oder gar nicht bezahlt, was sich auch auf die soziale Absicherung insbesondere im Alter auswirkt.

Erbschaft: Treiber der Vermögensungleichheit

Reproduziert wird die Ungleichheit insbesondere über die Erbschaften. In der Schweiz werden gemäss dem Beitrag von Brühlhart jährlich 88 Mio. CHF vererbt. Dabei profitieren v.a. die bereits Vermögenden von Erbschaften: Steuerdaten des Kantons Bern zeigen, dass mehr als die Hälfte der Erbschaften und Schenkungen an die Vermögendsten 10% der Bevölkerung gehen und die Hälfte aller Erbschaften an Personen im Rentenalter. Die Besteuerung von Erbschaften ist in den letzten Jahrzehnten massiv zurückgegangen, weil die Steuern für direkte Nachkommen praktisch in allen Kantonen abgeschafft wurde: Pro vererbtem Franken werden heute 1.6 Rp Steuer erhoben, 1990 waren dies noch 4.3 Rp. Dabei wäre die Besteuerung von Erbschaften eine sinnvolle und logische Massnahme zur Verringerung der Ungleichheit und eine effiziente Art zur Beschaffung von Ressourcen für dringend notwendigen Ressourcen im Bildungsbereich, für den ökologischen Umbau oder die finanzielle Sicherung der AHV.

Eindämmung der Ungleichheit

Als Instrumente zur Eindämmung der Ungleichheit werden neben den Erbschaftssteuern Massnahmen der Förderung der Bildungschancen benachteiligter Kinder (frühkindliche Förderung), gewerkschaftliche Lohnpolitik sowie Steuern und das System der Sozialen Sicherheit erwähnt. Hümbelin, Farys und Jann zeigen, dass staatliche Umverteilung in der Schweiz im internationalen Vergleich wenig ausgeprägt ist und dass die Wirkung der wohlfahrstaatlichen Instrumente in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen ist. Eingeschränkt wird die staatliche Umverteilung durch die föderale Struktur der Schweiz, weshalb auch grosse kantonale Unterschiede bei der Umverteilungswirkung bestehen. Die grösste Umverteilungswirkung haben denn auch schweizweite Instrumente wie AHV und die Bundessteuern.

Robert Fluder, Sozialwissenschaftler, em. Professor BFH